

JAHRESMEDIENKONFERENZ VOM 5. JANUAR 2012

Daniel Lampart, Leiter SGB-Sekretariat und Chefökonom

Drohende Rezession bekämpfen – vernünftige Einkommenspolitik realisieren

1 Zweite Rezession innert kurzer Zeit droht

Die Konjunktursituation hat sich in den letzten Monaten stark verschlechtert. Zum zweiten Mal in nur drei Jahren steigt die Arbeitslosigkeit. Innert kurzer Zeit zeichnet sich bereits eine zweite Rezession ab. Die Ursachen sind der stark überbewertete Franken und die schlechtere Auslandkonjunktur auf der einen Seite aber auch die staatliche Kaufkraftabschöpfung in der Schweiz auf der anderen Seite.

Die Konjunktur hat sich fast weltweit verschlechtert. Die Eurozone dürfte sich bereits in einer Rezession befinden. Die Nachfrage nach Schweizer Exportprodukten geht zurück. Wenn nun der Franken in einer solchen Situation stark überbewertet ist, geht es bei zahlreichen Firmen um die Existenz. Die nicht unmittelbar in ihrer Existenz gefährdeten Firmen haben weniger Mittel für Innovationen und Investitionen¹. Das gefährdet die Wohlstandsperspektiven der Schweiz. Denn eine kleine, offene Volkswirtschaft wie die Schweiz ist darauf angewiesen, dass die Exportwirtschaft im Bereich der qualitativ hochstehenden Produkte gut aufgestellt ist.

Der Schweizer Privatkonsum nimmt nur noch zu, weil die Bevölkerung wächst. Pro Kopf geht er hingegen zurück. Das vor allem wegen der staatlichen Abschöpfung von Kaufkraft vor allem bei den tiefen und mittleren Einkommen von total rund 3 Mrd. Franken über die 4. AVIG-Revision (ca. 1 Mrd.), die höheren Krankenkassenprämien (ca. 0.8 Mrd.), die MWST-Erhöhung (ca. 1 Mrd.) sowie über die Tabaksteuer-Erhöhung, die tiefere Rückerstattung der CO₂-Abgabe usw. Dazu kommt der Lohnrückstand bei diesen Einkommensklassen. Dementsprechend sinkt die Beschäftigung im Detailhandel und im Gastgewerbe.

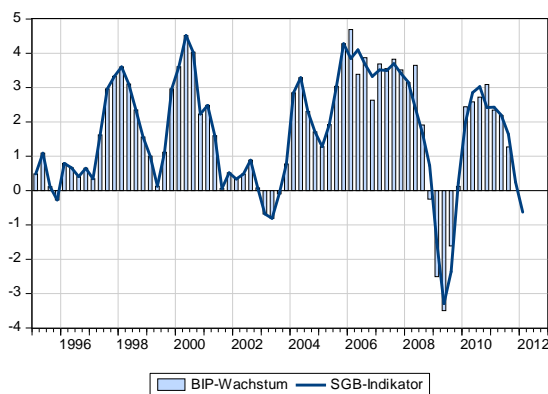
International sind die Konjunkturaussichten nach wie vor trübe – auch wenn sich die Indikatoren für die Auslandkonjunktur gegen Jahresende leicht verbessert haben. Die Schweizer Exportwirtschaft kann daher kaum mit Auftragszuwächsen rechnen. Das insbesondere dann, wenn der Franken weiterhin stark überbewertet bleibt. Der überbewertete Franken allein kann bis 2013 100'000 Stellen kosten.²

¹ Arvanitis, S. und M. Wörter (2011): Konjunktur und Innovationsverhalten, <http://www.kof.ethz.ch/de/publikationen/p/kof-studien/2196/>. S. auch: Aghion, P. et al. (2006): Exchange rate volatility and productivity growth: the role of financial development. Rodrik, D. (2008): The real exchange rate and economic growth, Brookings papers on economic activity, Fall 2008.
² Eine Übersicht über die existierenden Studien zu den Auswirkungen der Frankenstärke findet sich unter: http://www.sgb.ch/uploaded/Dossier/71_DL_d_Wechselkurs.pdf.

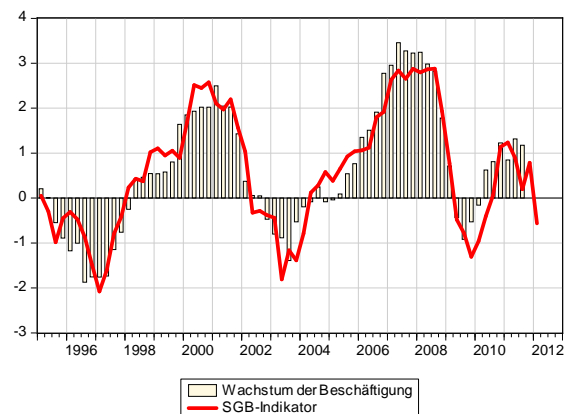
Diese schlechtere Beschäftigungssituation wird Kaufkraft kosten. Dazu dürften Zusatzbelastungen aus Pensionskassen-Sanierungen kommen. Das Konsumwachstum wird deshalb schwach bleiben. Weil die Zahl der Wohnungen hinter der Bevölkerungsentwicklung zurückgeblieben ist, ist aber kein Einbruch der Bautätigkeit zu erwarten. Stützend wirken auch die tiefen Zinsen.

Der Grundsatz der Flankierenden Massnahmen, dass in der Schweiz Schweizer Löhne bezahlt werden müssen, muss konsequent durchgesetzt werden. Neueinstellungen sind dabei einem besonderen Risiko von Lohndruck ausgesetzt. Wird von diesem Grundsatz abgewichen, besteht die Gefahr einer unkontrollierten Zuwanderung. Die Löhne geraten unter Druck und die Arbeitslosigkeit steigt noch stärker an.

Indikator Bruttoinlandprodukt
(Veränd. geg. Vorjahr)



Indikator Beschäftigung
(Vollzeitäquivalente, Veränd. geg. Vorjahr)



Für dieses Jahr rechnet der SGB mit einem stagnierenden BIP (Wachstum 0.0 Prozent), einer Arbeitslosenquote von 3.5 Prozent und einem Rückgang des Landesindex' der Konsumentenpreise von 0.4 Prozent.

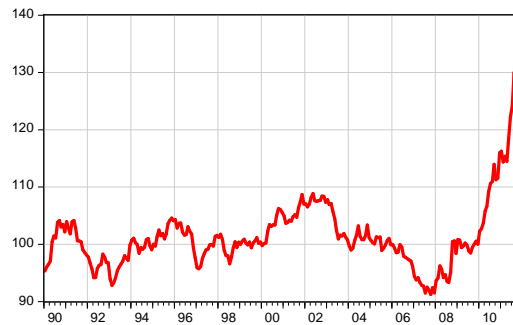
Die Prognoseunsicherheit ist allerdings erheblich. Wenn sich beispielsweise die Lage in der Eurozone nochmals verschlechtert, wird auch die Schweizer Wirtschaft in Mitleidenschaft gezogen werden.

2 Viel zu restriktive Geldpolitik– es braucht nach wie vor 1.40 Franken/Euro

Trotz der Einführung der Untergrenze von 1.20 Franken/Euro ist der Franken nach wie vor stark überbewertet. Das zeigen internationale Preisvergleiche. Berücksichtigt man nur handelbare Güter, so ergibt sich eine Bandbreite von 1.40 bis 1.65 Franken/Euro als „Gleichgewichtskurs“.³ Ein längerfristiger Vergleich mit Deutschland weist auf einen „fairen“ Kurs von 1.45 bis 1.50 Franken/Euro hin. Deutschland ist der wichtigste Handelspartner der Schweiz und das bedeutendste Herkunftsland von Touristen; und ein grosser Teil der internationalen Konkurrenten der Schweizer Exportindustrie befindet sich in Deutschland. Nach Berücksichtigung der unterschiedlichen Teuerung schwankte der (reale) Wechselkurs Schweiz/Deutschland bis Ende 2009 um einen relativ konstanten Wert. Ende 2009 lag der Franken-/Euro-Kurs bei 1.50 Franken/Euro. Seither war die Teuerung in Deutschland etwas stärker als in der Schweiz, so dass der „faire“ Kurs etwas darunter liegen dürfte.

³ Gemäss BFS (2011): Kaufkraftparitäten – Ergebnisse 2011. Beispiele sind Foto- und IT-Apparate (1.417 Fr. geg. 1 Euro); Möbel (1.406:1) oder Investitionsgüter im Bereich Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik (1.644:1) oder Fahrzeugbau (1.52:1).

Realer Wechselkurs geg. Deutschland (1999=100)



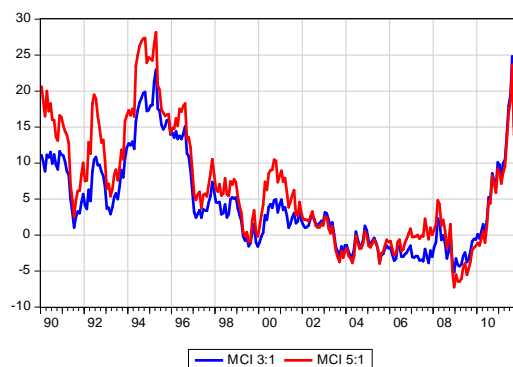
Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat den klaren Auftrag, in dieser Situation zu handeln. Artikel 5 des Nationalbankgesetzes schreibt der SNB vor, Preisstabilität zu gewährleisten und dabei die konjunkturelle Entwicklung zu berücksichtigen. Am 6. September hat die SNB zwar erfolgreich die Untergrenze von 1.20 Franken/Euro eingeführt. Doch seither blieb sie passiv, obwohl die Konsumentenpreise sinken und gemäss SNB-Prognose auch dieses Jahr um 0.3 Prozent sinken werden und obwohl die Arbeitslosigkeit steigt. In der Schweiz herrscht weder Preisstabilität noch entwickelt sich die Konjunktur gut. Im Gegenteil: Es herrscht Rezessions- und Deflationsgefahr.

Eine eigene Währung – also der Schweizer Franken – muss der Schweiz nützen. Doch bei der gegenwärtigen Geldpolitik ist das Gegenteil der Fall. Der stark überbewertete Franken richtet im Land grossen Schaden an. Gemäss einer Umfrage der SNB vom Dezember leiden 85 Prozent der Industriefirmen unter der Überbewertung, im Detailhandel sind es mittlerweile ebenfalls hohe 63 Prozent.⁴

Wegen dem sehr stark überbewerteten Franken ist die Geldpolitik restriktiv ausgerichtet. Das zeigt beispielsweise der Monetary Conditions Index – ein Mass für den Restriktionsgrad der Geldpolitik, der zurzeit auf dem Niveau von Mitte der 1990er Jahre liegt, als die Geldpolitik zur langen Stagnation der Schweizer Wirtschaft beigetragen hat. Die Behauptung der SNB an der Lagebeurteilung vom 15. Dezember 2011, die Geldpolitik sei „expansiv“, ist daher irreführend.

Geldpolitischer Restriktionsgrad

(Monetary conditions index MCI⁵, hohe Werte = restriktive Geldpolitik)



⁴ SNB Quartalsheft 4/2011, S. 43.

⁵ Beim Index 3:1 verändert sich der geldpolitische Restriktionsgrad bei einer einprozentigen Realzinserhöhung gleich wie bei einer dreiprozentigen Aufwertung des Frankens. Beim Index 5:1 ist der Zinseffekt fünf Mal grösser als der Wechselkurseffekt. Berechnung analog SNB, Quartalsheft I/2004, S. 27.

Die SNB muss handeln. Sie muss die Wechselkurs-Untergrenze anheben. Vorübergehend wäre für die Schweizer Wirtschaft ein Wechselkurs von 1.40 Franken/Euro tragbar, ohne dass sehr grosser Druck auf die Löhne und Arbeitsplätze entsteht.

3 Ungerechte Einkommenspolitik: Schweizer Bevölkerung vermehrt mit Finanznöten

Die Verlierer der Einkommensverteilung in den letzten Jahren waren die tiefen und mittleren Einkommen. Das bestätigt eine erste Aktualisierung des SGB-Verteilungsberichts bis zum Jahr 2010. Familien mit tiefem Einkommen hatten 2010 real 800 Franken weniger verfügbares Einkommen als im Jahr 2002. Die hohen Einkommen haben hingegen 9000 Franken mehr zur freien Verfügung.

Die finanzielle Lage vieler Haushalte ist mittlerweile besorgniserregend. Ein Viertel der Haushalte mit Kindern (26 Prozent) hat zu wenig Einkommen und Ersparnis, um unerwartete Ausgaben (Zahnarzt u.a.) zu finanzieren.⁶ Die Zahl der Privatkonkurse ist in den letzten zehn Jahren von rund 4500 auf rund 5700 pro Jahr gestiegen.⁷

Veränderung des Einkommens einer vierköpfigen Familie 2002 bis 2010⁸ (nach Einkommensklassen)

	reale Veränderung 2002-2010		
	Tief	Mittel	Hoch
Lohn abzgl. Steuern und SV-Beiträge (Steuer-/Beitragssätze von 2002)	+2'400	+2'600	+7'900
Steuer- und Abgabepolitik (Satzänderungen seit 2002)	-1'300	+500	+4'500
<i>davon Einkommenssteuern</i>	<i>+1'700</i>	<i>+3'200</i>	<i>+6'800</i>
<i>Krankenkassenprämien</i>	<i>-3'100</i>	<i>-2'700</i>	<i>-2'700</i>
Wohnkosten	-1'900	-2'300	-3'400
Verfügbares Einkommen	-800	+800	+9'000

Diese Einkommensschere hat zwei Ursachen. Die Schere bei den Löhnen und die staatliche Abgabepolitik auf Kosten der tiefen und mittleren Einkommen bzw. zugunsten der Oberschicht.

Obwohl die höchsten Löhne zwischen 2008 und 2010 leicht gesunken sind, ist die Schere gegenüber den mittleren und tiefen Löhnen nach wie vor weit offen. Diese leichten Einbussen zuoberst dürften von der schlechteren finanziellen Lage im Finanzsektor herrühren, wodurch etwas geringere Boni ausgeschüttet wurden. Über die Jahre seit 1994 ist das keine Ausnahme. Sank in der Vergangenheit die Bankenwertschöpfung, so wuchs das oberste Lohnsegment schwächer als das mittlere und das untere. Boomte der Finanzsektor, wuchsen hingegen die oberen Löhne bzw. die Boni der Kader stark. Das illustriert, dass die Boni einer der Hauptursachen der Lohn-

⁶ BFS (2011): Haushalte mit Kindern haben mehr Schwierigkeiten, eine unerwartete Ausgabe zu tätigen, Medienmitteilung vom 15. Dezember 2011.

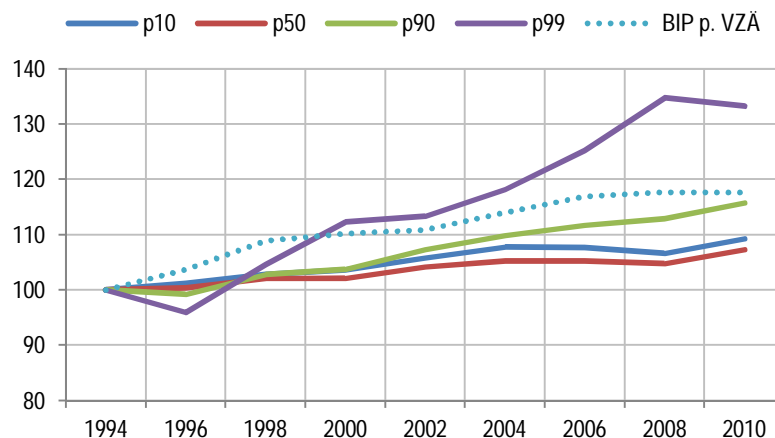
⁷ Federer, C. (2010): Konkursstatistiken – die Schweiz im internationalen Vergleich, Die Volkswirtschaft 5-10. Sowie neuere Statistiken von Creditreform.

⁸ Zur Berechnungsweise s. den SGB-Verteilungsbericht: <http://www.verteilungsbericht.ch>.

schere sind. Ein aktueller internationaler Vergleich der OECD kommt zu einem ähnlichen Schluss („Performance related pay“ als bedeutende Ursache).

Bei den tiefen und mittleren Löhnen haben die Mindestlöhne in GAV sowie die Lohnpolitik der Gewerkschaften (gegen die Tieflöhne u.a.) über weite Strecken verhindert, dass die Schere aufgegangen ist.⁹

Reallöhne 1994 bis 2010
(2002=100)



Die Schweizer Steuer- und Abgabepolitik hat die Ungleichheit verstärkt. Obwohl die Bundesverfassung eine Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verlangt, dürften die tiefen Einkommen wegen dieser Politik sogar weniger Geld zur Verfügung haben. Die hohen Einkommen hingegen wurden entlastet, so dass ihnen gegenüber 2002 deutlich mehr Geld bleibt. Würde die Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit in der Schweiz konsequent umgesetzt, so müsste in der Tabelle oben bei den Familien mit tiefem Einkommen ein Plus stehen, bei den hohen hingegen ein Minus. Das umso mehr, als die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der hohen Einkommen bereits schon aufgrund der höheren Löhne gestiegen ist.

Im internationalen Vergleich funktioniert der soziale Ausgleich über den Staat in der Schweiz besonders schlecht, wie eine Übersicht der OECD¹⁰ zeigt. Nur Südkorea gleicht die Einkommensdifferenzen noch weniger aus als die Schweiz.

Haupttreiber dieser verstärkt ungerechten Verteilung der staatlichen Lasten sind einerseits die Finanzierung der Krankenversicherung über Kopfprämien, welche die tiefen und mittleren Einkommen stark belastet, sowie andererseits die Senkung der Einkommenssteuern, von der die hohen Einkommen profitiert haben.

Die sogenannte Unternehmenssteuerreform II stellt dabei alles Bisherige in den Schatten. Bei der Referendumsabstimmung hat der Bundesrat falsch informiert und die Vorlage dem Volk als KMU-Reform mit geringen Einnahmeausfällen verkauft. Tatsächlich profitieren aber vor allem Aktionäre mit einem Vermögen von über 1 Mio. Franken. Das Steuergeschenk kostet alleine den Bund zirka 600 Mio. pro Jahr. Im April 2011 hat der Bundesrat versprochen, das Millionen-Steuerloch für Grossaktionäre wenigstens teilweise zu stopfen. Mehr als ein halbes Jahr später

⁹ Lemieux, T. (2007): The changing nature of wage inequality, NBER Working paper 13523.

¹⁰ OECD (2011): Divided we stand, Paris.

hat er aber noch nichts getan. Vor Weihnachten musste der Bundesrat sogar zugeben, dass 15 Leute in der Steuerverwaltung damit beschäftigt sind, die Millionen-Steuer Geschenke zu registrieren, statt die Steuern bei den Reichen und den Unternehmen einzutreiben.

Für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung braucht es eine ausgeglichene Einkommenssituation. Analysen zeigen, dass die Einkommensschere eine wichtige Ursache der jüngsten Krisen ist.¹¹ In den USA mussten sich Mittelschichtshaushalte verschulden, um beispielsweise ihren Kindern die Ausbildung zu bezahlen. Als die Krise ausbrach, führte diese Verschuldung zu einer Abwärtsspirale. In Deutschland verordneten Regierung und Arbeitgeber den Arbeitnehmern eine Lohnzurückhaltung. Gekauft wurden die deutschen Produkte im Ausland – teilweise auf Pump, finanziert über deutsche Kredite. In der Krise müssen die südlichen Euroländer nun sparen. Doch wer soll nun ihre Produkte kaufen, wenn auch den Arbeitnehmern in Deutschland das Geld fehlt? In der Schweiz sinkt – wie erwähnt – der Pro Kopf-Konsum.

4 Mit einem Frankenkurs von 1.40 Franken/Euro und 1000 Franken für jede Familie die drohende Rezession bekämpfen

Die drohende zweite Rezession in kurzer Zeit muss verhindert werden. Gleichzeitig ist eine einkommens- und steuerpolitische Wende überfällig.

- Die SNB muss anstelle ihrer restriktiven eine expansive Geldpolitik machen. Sie muss die Wechselkurs-Untergrenze anheben. Ziel ist ein Wechselkurs von 1.40 Franken/Euro. Damit kann der Druck auf die Löhne und Arbeitsplätze deutlich verringert werden. Der Bund muss die SNB unterstützen – wenn nötig mit der Einführung von Kapitalverkehrskontrollen oder anderen administrativen Massnahmen.
- In der Schweiz müssen Schweizer Löhne bezahlt werden. Dieser Grundsatz der Flankierenden Massnahmen muss konsequent durchgesetzt werden. Die Lücken in den Flankierenden müssen geschlossen und die besonders gefährdeten Löhne bei Neueinstellungen genau kontrolliert werden.
- Der Bund muss die Kaufkraft stärken. Dafür soll der Bundesüberschuss von 1.4 Mrd. Franken aus 2011 verwendet werden. Wird dieser Betrag pro Kopf ausgeschüttet (über Krankenkassenprämien-Kanal) so hätte eine vierköpfige Familie beispielsweise 700 Fr. mehr zum Leben.
- Als erster Schritt für gerechtere Verhältnisse muss der Bundesrat die Unternehmenssteuerreform II einschränken. Die eingesparten 600 Mio. Franken sollen der Gesamtbevölkerung zu Gute kommen. Zusammen mit dem Kaufkraftimpuls aus dem Bundesüberschuss ergibt das für eine vierköpfige Familie 1000 Franken bzw. pro Kopf 250 Franken mehr verfügbares Einkommen.
- Steuersenkungen für hohe Einkommen (Familienbesteuerungsreform II, Bausparen), Unternehmen (generelle Gewinnsteuersenkungen für Firmen – Unternehmenssteuerreform III) und Banken (Abschaffung der Stempelabgabe) sind wirtschafts- und verteilungspolitisch falsch. Bundesrat und Parlament müssen diese Vorhaben stoppen.
- Das Geld wird von der Schweizer Bevölkerung gebraucht. Bundesrat und Parlament müssen endlich das Sozialziel bei den Krankenkassen-Prämien realisieren. Niemand soll mehr als

¹¹ Z.B. Rajan, R. (2010): Fault lines, Princeton University Press.

acht Prozent des Einkommens für die Krankenkassenprämien aufwenden müssen. Und Bundesrat und Parlament müssen mit der Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus endlich ernst machen. Der Schweiz fehlen mindestens 100'000 zusätzliche, bezahlbare Wohnungen. Dafür muss Geld eingesetzt werden – aber sicher nicht für Steuererleichterungen beim Bausparen.